

Gasbohrungen vor Usedom: Umweltminister fordert sofortige Aufklärung!

Polen plant Erdgasbohrungen vor Usedom, ohne deutsche Behörden zu informieren. Umweltminister Backhaus fordert Aufklärung.

Heringsdorf, Polen - NAG/NAG Redaktion -

In der Ostsee vor Usedom bahnt sich ein brisantes Erdgas-Projekt an, das für Aufregung sorgt! Eine Bohrinsel ist aufgetaucht, und die zuständigen deutschen Behörden wurden darüber nicht informiert. Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus (SPD) ist verärgert und fordert dringend Aufklärung. Wie **NDR** berichtete, wurde die Bohrinsel vor der Küste von Heringsdorf entdeckt, und die lokalen Behörden sind im Dunkeln über die Hintergründe des Projekts.

Die Bohrarbeiten, die in den kommenden Tagen beginnen sollen, werden von der kanadischen Firma Central European Petroleum (CEP) in Zusammenarbeit mit der US-Firma Noble Corporation durchgeführt. Die Bohrplattform „Noble Resolve“ wurde bereits an die Ostseeküste, etwa zehn Kilometer vor Swinemünde, beordert. Laut einem Sprecher des Unternehmens sollen die Erkundungsbohrungen etwa 45 Tage dauern und könnten bis zu 16,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas fördern, wie **Nordkurier** berichtete.

Umweltminister fordert Transparenz

Minister Backhaus kritisiert, dass Deutschland und Polen eine

Vereinbarung haben, die besagt, dass beide Seiten über Projekte informiert werden müssen, die grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben könnten. „Ich bedauere, dass dies nicht geschehen ist und deshalb Irritationen vor Ort entstanden sind“, äußerte er sich im Landtag. Die Bohrungen könnten negative Auswirkungen auf die Umwelt in Deutschland haben, darunter Lärm- und Vibrationsbelastungen, die bereits in der Gemeinde Heringsdorf beobachtet wurden.

Die Entscheidung, gerade in dieser Region zu bohren, hängt auch mit der vorhandenen Infrastruktur zusammen, insbesondere dem LNG-Umschlagsterminal in Swinemünde. CEP sieht in der Erschließung der Fläche von fast 600 Quadratkilometern einen bedeutenden Schritt zur Stärkung der polnischen Gasproduktion und Energiesicherheit, insbesondere angesichts des nahenden Endes des Gaslieferungsvertrags mit Gazprom.

Ungewissheit über Umweltauswirkungen

Die Unsicherheit über die möglichen Umweltauswirkungen ist groß. Backhaus hat bereits die Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) um Unterstützung gebeten, um den Deutsch-Polnischen Umweltrat einzuschalten. „Wir können nicht ausschließen, dass die derzeitigen Bohrungen erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Umwelt des deutschen Staatsgebietes haben“, warnte er. Die fehlende Kommunikation zwischen den Behörden ist ein zentrales Problem, das in Zukunft vermieden werden muss.

Die Bohrungen sind als Probebohrungen deklariert, was bedeutet, dass sie nicht sofort zu einer kommerziellen Gasförderung führen werden. Dennoch bleibt abzuwarten, wie sich die Situation entwickeln wird und welche weiteren Schritte die deutschen Behörden unternehmen werden, um die Bevölkerung und die Umwelt zu schützen. Die kommenden Wochen werden entscheidend sein, um Klarheit über die Auswirkungen dieser Bohrungen zu erhalten.

Details

Ort	Heringsdorf, Polen
------------	--------------------

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de